

SZ-Interview mit Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber zur Währungsunion

'Wir haben nur einen Schuß - der muß sitzen'

Ohne einen Stabilitätspakt mit automatischen Sanktionen wird es keinen Euro geben / Die Kriterien bestimmen den Zeitplan

SZ: Kommt der Euro plangemäß 1999?

Stoiber: Ich gehe davon aus, allerdings immer mit der Einschränkung: wenn die Voraussetzungen stimmen. Die strikte Einhaltung der Kriterien und der Stabilitätspakt bleiben ganz wesentliche Elemente für das Vertrauen der Menschen. Wir sagen: Das ist nur eine Währungsumstellung, wir nehmen dir nichts weg, weil der Euro so stark ist wie die DM.

SZ: Leider erfüllt bis jetzt nur Luxemburg die Kriterien, und die anderen - Frankreich, Italien - fangen an bei der Kriterienbefüllung zu schummeln, wieso glauben Sie dann an 1999?

Stoiber: Die Inflation ist in Ländern, wo man es früher nie geglaubt hat, massiv zurückgegangen, einschließlich Italien. Alle Länder versuchen die Verschuldung zurückzudrehen, sparen an den Sozialausgaben.

SZ: Kann eine Wirtschafts- und Währungsunion ohne politische Union funktionieren?

Stoiber: Auf Dauer sicherlich nicht. Wenn wir eine einheitliche Wirtschafts- und Finanzpolitik hätten, wäre das alles kein Problem. Weil wir die nicht haben und auf lange Zeit nicht haben werden, hat man sich auf die Kriterien verständigt. Die sind von überragender Bedeutung nicht nur für 1997, sondern auch für 1998, 1999 und die Jahre danach. Deswegen auch der Stabilitätspakt, der vom deutschen Finanzminister Theo Waigel eingebracht worden ist und ganz klare Vorgaben für die künftige Wirtschaftspolitik der Mitgliedsländer macht. Wenn diese nur für 1997 und nicht dauerhaft gelten würden, würde man Europa einen ungeheuren Tort antun. Das würde ja bedeuten, daß die euro-

päische Währung weniger stabil wäre als die DM. Das bedeutet Inflation, höhere Zinsen, höhere Arbeitslosigkeit, Wertverlust: dann wäre zum Beispiel die Hunderttausendmark-Lebensversicherung des Arbeiters Hans Maier unter Umständen nur noch 80 000 Mark wert.

SZ: Was folgt daraus?

Stoiber: Wer dieses sehenden Auges riskierte, müßte erhebliche Erschütterungen in Deutschland gewärtigen.

SZ: Das heißt, daß Sie bereit sein müssen, die Währungsunion zu verschieben, wenn sich zeigen sollte, daß für 1998, 1999, 2000 die Kriterien nicht erfüllt werden. Wer hält den Zug an?

Stoiber: Wir versuchen diese Folgen ja gerade auszuweichen, und wir sagen unseren Freunden klipp und klar: Wir müssen uns auch nach 1997 anstrengen. Da gibt es einige, die sagen, dann haben wir wieder ein bißchen Luft für höhere Staatsschulden. Die deutsche Seite kann so etwas nicht akzeptieren.

Wir müssen den Zug auf das richtige Gleis setzen

SZ: Also müssen wir den Zug anhalten?

Stoiber: Nicht anhalten. Wir müssen den Zug auf das richtige Gleis setzen. Deswegen ist der Stabilitätspakt, also die Verlängerung der Kriterien, so entscheidend.

SZ: Und wenn es keinen Sanktionsautomatismus bei Verstüßung gegen den Stabilitätspakt gibt?

Stoiber: Wenn wir keinen Automatismus oder keinen Quasi-Automatismus hineinbekommen, wird es sehr schwer.

SZ: Dies ist aber allein die deutsche Position! Es steht 1 zu 14.

Stoiber: Eine Entscheidung muß einstimmig getroffen werden.

SZ: Ohne Automatismus keine Währungsunion?

Stoiber: Ich will keine Drohungen aussprechen, sondern nur sehr deutliche Erwartungen und einfach auch auf die Konsequenzen hinweisen. Für die Deutschen ist natürlich die Währung etwas, was die enorme Leistung des deutschen Volkes zum Ausdruck bringt, nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges wieder auf die Beine zu kommen ...

SZ: ... die Mark als nationales Symbol?

Stoiber: Die Franzosen haben ihre große Revolution, mit der sie die Veränderung der Welt mit in Gang gesetzt haben. Ein vergleichbares Symbol haben wir nicht. Wir haben keine solchen geschichtlichen Ereignisse, die das Volk zusammenhalten.

SZ: Also müssen wir singen. Deutschemark, Deutschemark über alles ...?

Stoiber: Nein, das ist mir zu trivial. Für mich ist das ein Stück berechtigter Stolz des deutschen Volkes - auf die Leistung, ein zerstörtes Land aufgebaut, wirtschaftliche und soziale Stabilität geschaffen zu haben und damit auch die Grundlage einer Demokratie. Deshalb muß man mit der Währung in Deutschland sehr vorsichtig umgehen und sagen können: Der Euro wird so stark sein wie die D-Mark.

SZ: Das Problem ist doch folgendes: Wir wollen die Währungsunion ohne politische Union machen, aber die Währungsunion erfordert logischerweise, daß wir uns alle so verhalten, als wenn wir ein einziger Staat wären - also alle die gleiche Wirtschaftspolitik betreiben. Wieso glauben Sie, daß fünf

oder zehn Länder sich darauf einlassen?

Stoiber: Wir haben ja heute im Grunde genommen bereits einen Währungsverbund mit Frankreich, Österreich und Benelux. Die Frage ist nur: Was ist, wenn ein Partner seine Wirtschaftspolitik verändert? Deshalb noch einmal: Es ist für mich von entscheidender Bedeutung, wie dieser Stabilitätspakt funktioniert. Dessen Leitplanken sind für die Zeit nach 1997 von entscheidender Bedeutung. Über die Höhe der Sanktionen bei Überschreitung der Kriterien kann man verhandeln, aber in der Substanz darf es kein Wackeln geben.

SZ: Wenn es nach unseren Partnern geht, dann soll aber auch die Entscheidung, ob Sanktionen ergriffen werden, zur Diskussion stehen.

Stoiber: Das ist der Knackpunkt. Wenn es so käme, dann wäre der Stabilitätspakt ein Appell, aber auch nicht mehr. Das kann ich mir nicht vorstellen. Ich halte es für ausgeschlossen, daß der Bundeskanzler und der Bundesfinanzminister dem zustimmen. Wenn die anderen glauben, wir würden aus Eurohilfe Dinge akzeptieren, die wir in punkto Stabilität der Währung nicht vertreten können, dann müssen wir sagen, das ist mit uns nicht zu machen. So sinngemäß der Bundeskanzler auf dem CSU-Parteitag.

SZ: Also halten wir doch den Zug an?

Stoiber: Nein.

SZ: Halten wir die Forderung nach dem Automatismus gegen die 14 anderen durch?

Stoiber: Da sie für uns von essentieller Bedeutung ist und da sie richtig ist, bin ich der Meinung, daß wir sie durchhalten.

SZ: Also wir schaffen an?

Stoiber: Wir schaffen nicht an. Wir for-

mulieren nur etwas, was im Grunde genommen den Geist des Maastrichter Vertrages ausmacht. Stabilität nicht nur für 1997. Wenn man sich hinterher nicht mehr an die Kriterien halten müßte, wäre die europäische Zentralbank nicht in der Lage, wie die Bundesbank Hüter der Stabilität der Währung zu sein.

SZ: Müssen wir in einem solchen Fall den Zug anhalten, ja oder nein?
Stoiber: Wir müssen ihn nicht anhalten. Ohne uns fährt er nicht.

SZ: Nehmen wir an, Frankreich sagt im Frühjahr 1998: Wir erfüllen die Kriterien, aber die wirklichen Zahlen sind nicht entsprechend. Wird der Bundeskanzler dann nicht ein Auge zudrücken?

Stoiber: Das halte ich für ausgeschlossen. Denn dann müßte er im Grunde genommen seiner Aussage zuwiderhandeln, die lautet: Der Euro wird so stark wie die D-Mark. Ich habe in Kreuth auf der gemeinsamen Präsidiumssitzung zum Bundeskanzler gesagt: Wir haben nur einen Schuß. Den können wir nicht wiederholen, der muß sitzen. wenn der danebengeht, dann sind für Deutschland die Folgen nicht abzuschätzen. Mir wurde nicht widersprochen.

SZ: Mag schon sein. Vielleicht, weil die anderen glauben, wir meinten es vielleicht nicht ganz so ernst.

Stoiber: Es gibt nicht den leisesten Zweifel daran, was der Bundesfinanzminister formuliert: Die Kriterien bestimmen den Zeitplan und nicht umgekehrt. Warum ist dies so? Weil die Kriterien die Voraussetzung für Stabilität sind, und die Stabilität ist die Voraussetzung dafür, daß wir das Versprechen gegenüber den Menschen im Land einlösen können. Auf den Stabilitätspakt übertragen bedeutet dies, daß es einen Quasi-Automatismus geben muß. Das ist die Konsequenz aus der Aussage, daß die Kriterien den Zeitplan bestimmen. Denn der Vorrang der Stabilität muß auch nach dem Start des Euro gelten. Der Stabilitätspakt muß die Kriterien prolongieren.

SZ: Sie sagen, wir wollen den Euro. Ihr Parteifreund Peter Gauweiler pflegt von Esperanto-Geld zu reden ...

Stoiber: Das war nie meine Position.

SZ: Warum wollen Sie den Euro eigentlich so dringend? Bei all den Schwierigkeiten, die man ringsherum sieht?

Stoiber: Weil angesichts der Herausforderungen gegenüber den Blöcken Nordamerika, Japan, Südostasien der Nationalstaat überfordert ist, die notwendigen Bedingungen zu schaffen, damit wir in Europa konkurrenzfähig bleiben können.

SZ: Was hat das mit dem Euro zu tun?

Stoiber: Wenn wir diese Konkurrenzsituation mit den Amerikanern und den Asiaten, das heißt also gegen sogenannte Verzichtsgesellschaften, allerdings unterschiedlicher Ausprägung, bestehen wollen, dann müssen wir eine einigermaßen einheitliche Stabilitätskultur haben.

SZ: Dafür brauchen wir keinen Euro.

Stoiber: Wir sind doch in vielen Bereichen aufeinander angewiesen. Unsere Volkswirtschaften sind in einem hohen Maße vernetzt. Der Euro wird, wenn er so stabil ist wie die D-Mark, die Konkurrenzsituation zugunsten Europas beeinflussen. Dann kann der Euro zu einer weltweiten Leitwährung neben dem Dollar werden. Das bedeutet, daß weltweit Geschäfte verstärkt in Euro und nicht mehr in Dollar abgewickelt werden. Wir können so die Gefahren für Wirtschaft und Arbeitsplätze durch die bisherigen Wechselkurschwankungen zum Dollar reduzieren. Wenn wir Europäer als ein einheitlicher Stabilitätsblock gegenüber APEC und NAFTA auftreten, haben wir ganz andere Chancen, im Wettbewerb bestehen zu können.

Mit dem Euro haben die Europäer bessere Chancen im weltweiten Wettbewerb

SZ: Und das schaffen wir nicht ohne Euro?

Stoiber: Die Volkswirtschaften wachsen automatisch im Binnenmarkt zusammen. Nun müssen natürlich auch entsprechende Währungsbedingungen geschaffen werden. Neben dem Euro brauchen wir aber auch ein gemeinsames europäische Politik für die innere Sicherheit, eine europäische Rechtspolitik, eine gemeinsame Flüchtlingspolitik ...

SZ: ... also einen europäischen Bundesstaat?

Stoiber: Nein!

SZ: Wieso? Heißt das, Sie wollen A, B und C, aber D nicht?

Stoiber: Niemand fordert heute noch die Vereinigten Staaten von Europa.

SZ: Wo bleibt da die Logik?

Stoiber: Um eine europäische Angleichung einzelner Rechtsmaterien zu bekommen, brauchen wir doch keinen Bundesstaat. Dies gilt auch für die wirtschaftliche Integration. Natürlich muß die europäische Luft- und Raumfahrt eng zusammenrücken, um gegenüber den USA und den Asiaten konkurrenzfähig zu sein. Das aber läßt sich in einem Staatenverbund erreichen. Ich glaube, den Streit brauchen wir nicht noch einmal auszutragen. Europa wird kein Staat werden.

SZ: Sie glauben, daß wir in der Lage sind, in der Geldpolitik einen zentralen Willen zu installieren, der sich dann in der Währungsunion gegen fünf, sechs, sieben oder acht verschiedene Willensbildungen in den Parlamenten und in den Regierungen durchsetzen kann?

Stoiber: Deswegen brauchen wir doch den Stabilitätspakt. Es gibt die Bundestags-Entschießung vom 2. Dezember 1992, die Bundsrats-Entschießung vom 18. Dezember 1992. Darin steht, daß wir Deutsche etwaige Auslegungsmöglichkeiten des Vertrages für uns nicht akzeptieren werden. Denn Bundestag und Bundesrat geben wörtlich 'enge und strikte' Auslegung vor. Theo Waigels Aussage, 3,0 Prozent Neuverschuldung des Staates sind 3,0 Prozent, ist deshalb nachhaltig zu unterstützen. Wir haben, was noch viel bedeutsamer ist, den Spruch des Bundesverfassungsgerichts. Das Bundesverfassungsgericht hat das Stabilitätsziel praktisch in eine Art Verfassungsrang erhoben und deutlich gemacht: Deutschland darf nur dann Beitreten, wenn die Stabilitätsunion gewährleistet ist. Würden wir also außenpolitischen Gründen das Stabilitätsziel als Maßstab der Währungsunion aufgeben, verstoßen wir gegen das Maastricht-Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Das kann niemand wollen. Denn das würde eine erneute Verfassungsbeschwerde des Herrn Brunner gegen die Beitrittsentscheidung geradezu

provizieren, mit dem möglichen Ergebnis, daß die Währungsunion zwar dann in einigen anderen Ländern gilt, nicht aber in Deutschland. Ein solcher Anlaß darf gar nicht erst geboten werden. Denn es wäre für die Integration Europas verheerend.

SZ: Dies würde aber einen Verfassungskonflikt bedeuten, der zwischen dem Bundesverfassungsgericht und dem Europäischen Gerichtshof geklärt werden müßte.

Stoiber: In dem Fall hat das Bundesverfassungsgericht die Oberhand. Es entscheidet über deutsches Verfassungsrecht.

SZ: Was passiert denn politisch in Europa, wenn wir aus den von Ihnen genannten Gründen der Währungsunion nicht Beitreten können?

Stoiber: Eines ist klar: Ohne Deutschland kommt die Währungsunion nicht zustande, ohne Frankreich auch nicht. Die deutsch-französische Zusammenarbeit ist der Nucleus.

SZ: Sind Sie sicher, daß die Partner eine solche Haltung verstehen?

Stoiber: Das machen wir unseren Partnern ja gerade verständlich. Nehmen Sie Italien, das größte Anstrengungen unternimmt, um den Sprung in die Währungsunion zu schaffen. Ich nehme den Hinweis, man könne dieses Land, das zum Urgestein Europas gehört, nicht außen vor lassen, sehr ernst. Aber ich habe dem italienischen Ministerpräsidenten Prodi auch gesagt: Der Beitritt zur Währungsunion ist nach den Entschließungen des Bundestags und Bundsrats nicht primär eine politische, sondern eine ökonomische Entscheidung und niemand kann ökonomische Defizite durch politische Entscheidungen ersetzen.

SZ: Wenn das alles so klar ist, warum gibt es dann eine Verstimmung in Frankreich wegen des harten, deutschen Kurses?

Stoiber: Die kritischen Stimmen sind nicht die offizielle Politik. Auch in Deutschland meint ja Oskar Lafontaine, wir müßten bei den Kriterien jetzt ein bißchen flexibel sein, erst einmal kräftig Arbeitsmarktpolitik machen und uns notfalls höher verschulden und trotzdem die Währungsunion eingehen. Das ist eine unmögliche Aussage! Wir können

Münster

Winfried

hart,

auf Jahre keine politische Verantwortung in diesem Land mehr bekommen. -----
Interview: Josef Joffe, Helmut Maier- Mann-

Renten und Ersparnisse weniger wert und die Zinsen gestiegen sind. Wer dies den Menschen zumutet, der bricht Vertrauen und wird

doch nicht in zwei oder drei Jahren sagen: das war der Preis, den wir für Europa zahlen mußten, wenn bei einer solchen Politik die

PLÄDIERT FÜR DEN EURO, aber nur, wenn seine Stabilität gesichert ist: Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber.

Photo: Schmeken